Opferperspektive
Beratung für Betroffene rechter Gewalt

KEINE SICHERHEIT VOR RECHTER GEWALT

Bedrohungslage nimmt zu – trotz Rückgang registrierter Angriffe

Rassismus bleibt häufigstes Tatmotiv – Weniger Übergriffe in Cottbus und Südbrandenburg – Angriffsdichte im nördlichen Brandenburg auf Vorjahresniveau – Gewalt gegen Kinder und Jugendliche nimmt zu

Nach dem drastischen Anstieg, den die *Opferperspektive* seit 2015 erlebte, kann für 2019 ein deutlicher Rückgang bei rechten Übergriffen in Brandenburg festgestellt werden. Die Beratungsstelle registrierte im Jahr 2019 **142** rechte Gewaltdelikte, 32 weniger als im Vorjahreszeitraum (174). Damit bewegen sich die Angriffszahlen auf dem Niveau der Jahre 2004 bis 2006 (siehe Abb. 1). Heraus sticht die hohe Anzahl von Übergriffen gegen Kinder und vor allem Jugendliche. **39** Prozent der 2019 von rechter Gewalt Betroffenen waren minderjährig, was einen starken Anstieg gegenüber dem Vorjahr (20 %) darstellt. Zugleich war das Jahr durch die rechten Morde in Halle und Kassel sowie die Aufdeckung rechtsterroristischer Netzwerke und ihrer „Feindeslisten“ gekennzeichnet. Diese Nachrichten, verstärkt durch den rassistischen Terroranschlag in Hanau im Februar dieses Jahres, erzeug(t)en bei Migrant*innen, People of Color, muslimischen und jüdischen Menschen sowie Engagierten das Gefühl, in diesem Land nicht mehr sicher zu sein.

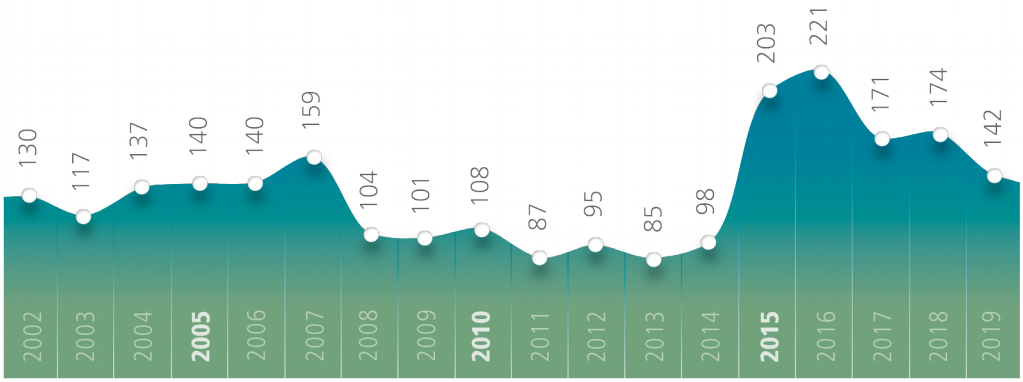

Abb. 1: Rechte Gewalttaten seit 2002. Rückgang im Jahr 2019.

Tatmotivationen

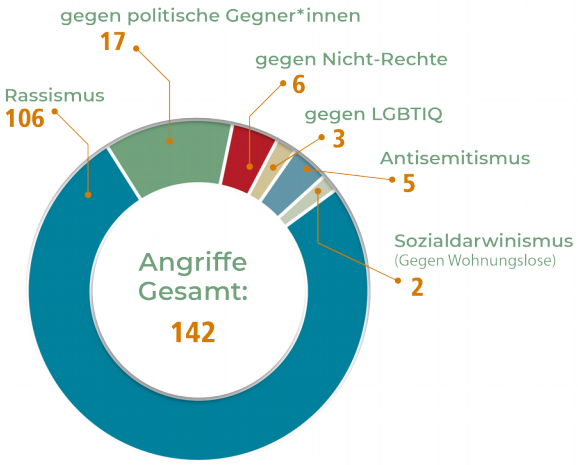

Abb 2. : Motive der Angriffe im Jahr 2019. In 3 Fällen ist das Motiv unbekannt – siehe Fußnote 1.

Ein Großteil der von der *Opferperspektive* gezählten Attacken waren rassistisch motiviert (**106**, siehe Abb. 2), prozentual ging ihr Anteil allerdings auf 75 Prozent der Gesamtzahl zurück (2018: 86 Prozent). Dennoch: Dass dreiviertel aller rechten Gewalttaten eine rassistische Motivation zu Grunde lag, zeugt nach wie vor von einer erschreckend großen Gewaltbereitschaft gegenüber allen Menschen, denen eine nicht-deutsche Herkunft zugeschrieben wird, die eine nicht-weiße Hautfarbe haben, oder die nach Brandenburg flüchten mussten. Unter den rassistisch motivierten Taten finden sich auch dieses Jahr Angriffe, die einen antimuslimischen Hintergrund hatten. So wurde der Gebetsraum der muslimischen Gemeinde in Frankfurt (Oder) zusammen mit einem angrenzenden Imbiss zweimal zur Zielscheibe von Anschlägen mit Buttersäure. Auch wurde jungen Frauen auf der Straße das Kopftuch heruntergerissen, sie wurden an den Haaren gezogen oder geschlagen. Zwei dieser Angriffe ereigneten sich in der ersten Jahreshälfte in Potsdam und Rangsdorf. **17** rechte Attacken richteten sich gegen Menschen, die von den Täter*innen als politische Gegner*innen wahrgenommen werden – sei es, weil sie sich gegen rechte Parolen auf der Straße wehrten oder weil sie sich politisch gegen rechts engagieren. **6** Attacken trafen nicht-rechte Personen. Bei **5** Gewalttaten war Antisemitismus das Motiv; in **3** weiteren Fällen wurden Menschen von rechten Tätern wegen ihrer zugeschriebenen sexuellen Identität oder Orientierung angegriffen. **2** sozialdarwinistische Attacken gegen Wohnungslose waren ebenfalls zu verzeichnen[1].

1 In 3 Fällen war das Motiv bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung nicht bekannt. Die Polizei wertet die Taten als PMK-rechts, weitere Informationen liegen der Opferperspektive noch nicht vor.

Tatbestände

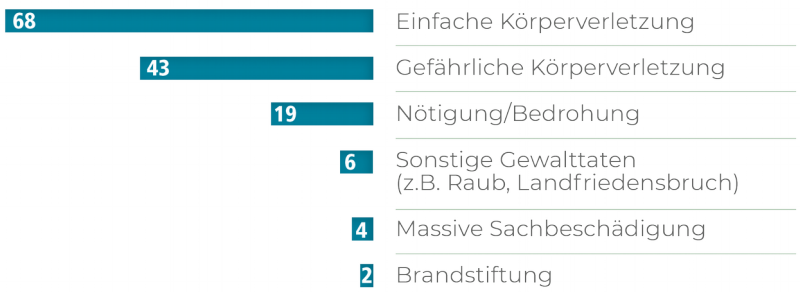

Abb. 2: Rechte Angriffe 2019 nach Tatbeständen.

Bei der Art der rechten Übergriffe sind gegenüber dem Vorjahr kaum Verschiebungen zu konstatieren. Bei der Mehrzahl der Angriffe (**68**) geht die *Opferperspektive* von einfachen Körperverletzungen aus (Abb. 3). **43** Taten sind nach Einschätzung der Beratungsstelle als gefährliche Körperverletzung zu bezeichnen, weil die Angriffe entweder aus einer Gruppe heraus oder mittels gefährlicher Gegenstände wie Flaschen oder Hieb- und Stichwaffen begangen wurden. Die Zahl der Nötigungen und Bedrohungen blieb im Jahr 2019 mit **19** Vorfällen (2018: 20) nahezu gleich. Diese Fälle fließen nur in die Statistik ein, wenn die Folgen für die Betroffenen schwerwiegend und andauernd sind. Gleiches gilt für die **4** Vorfälle massiver Sachbeschädigung, die für 2019 gezählt werden. Bei **6** Übergriffen wurde durch eine größere Täter*innengruppe derart schwere Gewalt angewendet, dass sie als Landfriedensbrüche geführt werden. Hierzu zählt ein Angriff auf eine Schulgruppe im April, die im Gästehaus der Gedenkstätte Sachsenhausen untergebracht war. Jugendliche aus Oranienburg griffen die Schüler*innen an, ein 15-jähriger und ein 16-jähriger Jugendlicher irakischer Herkunft sowie eine 51-jährige Deutsche wurden verletzt. Mindestens einer der mutmaßlichen Täter ist als der lokalen rechten Szene zugehörig bekannt. Die **2** Brandstiftungen, von denen die *Opferperspektive* Kenntnis erhielt, waren rassistisch motiviert. Eine von ihnen richtete sich gegen eine bewohnte Geflüchtetenunterkunft in Oderberg (Märkisch-Oderland).

Tatbetroffene

Insgesamt waren 2019 mindestens **242** Menschen direkt[2] von rechter und rassistischer Gewalt betroffen. **79** Prozent der Betroffenen waren männlich, **18**

2 Die Opferperspektive unterscheidet zwischen direkt und indirekt Betroffenen rechter Gewalt. Als direkt Betroffene werden unmittelbar geschädigte Personen gezählt. Als indirekt betroffen werden im Rahmen des Monitorings Personen erfasst, die während eines Angriffes anwesend waren, jedoch körperlich nicht attackiert wurden.

Prozent weiblich. Mindestens **1** Transperson wurde 2019 in Cottbus angegriffen. Besorgniserregend ist der sprunghafte Anstieg der rechten Attacken auf Minderjährige Dabei trifft es Geflüchtete und Deutsche, die von Rassist*innen als fremd markiert werden gleichermaßen. So wendeten sich 2019 mehrere Betroffene an die Opferperspektive, die erstmals mit Rassismus konfrontiert waren und sich zuvor nicht als potenzielle Betroffene rechter Gewalt gesehen haben. Dass **39** Prozent aller Betroffenen von rechten Gewaltdelikten im Land Brandenburg minderjährig waren, ist ein trauriger, bisher unerreichter Höchstwert. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 waren es noch 20 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt hat die *Opferperspektive* Kenntnis von **110** Minderjährigen, die zumeist aus rassistischen Motiven attackiert wurden (2018: 63). Insgesamt betroffen waren **26** Kinder (2018: 37) und **84** Jugendliche (2018: 26). Somit befanden sich **9** Prozent der Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt zum Zeitpunkt der Attacken im Kindesalter (13 Jahre oder jünger, siehe Abb. 4).

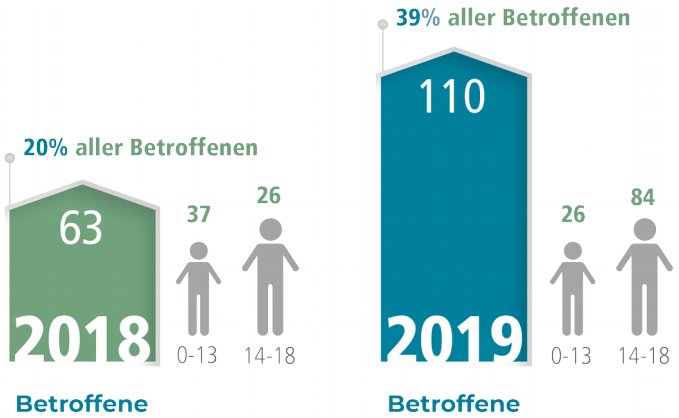

Abb. 4: Anteil Kinder und Jugendlicher aller Betroffenen rechter Gewalt 2019.

Rechte Gewalt gegen Jugendliche hat Auswirkungen auf gesamte Familie

Die *Opferperspektive* beobachtete 2019, dass bei Angriffen auf Kinder und Jugendliche häufig die ganze Familie, Eltern in Begleitung ihrer Kinder, unterschiedslos durch rechtsmotivierte Angreifer*innen drangsaliert wird. Ein Fall aus Beeskow veranschaulicht das eindrücklich: In der Silversternacht wurde eine Schwarze Familie von einer Gruppe Heranwachsender rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Der jüngste Sohn, der sich im Kindergartenalter befindet, wurde geschubst und gestoßen; die 14-jährige Tochter ebenso wie die Mutter geschlagen. Nur in den seltensten Fällen sind die Täter*innen bei Angriffen auf Jugendliche oder Kinder im gleichen Alter wie die Betroffenen. Zudem ereignen sich die Angriffe oft ohne Vorwarnung im öffentlichen Raum,

wie ein Fall im September zeigt: Eine 16-jährige Schülerin wurde gemeinsam mit ihren acht- und neunjährigen Verwandten von zwei Frauen angegriffen, während sie Herbstlaub für ein Schulprojekt sammelten. Die Frauen beleidigten die drei rassistisch als sie hörten, dass die Betroffenen sich auf tschetschenisch unterhielten. Anschließend schlugen sie die 16-Jährige und kratzten das achtjährige Kind im Gesicht. Jugendliche müssen die Erfahrung machen, dass Angriffe auf sie entpolitisiert werden, indem sie als Jugendgewalt bagatellisiert werden. Rassistische Motive werden ausgeklammert, Widerspruch und Gegenwehr bei rassistischen Beleidigungen und Übergriffen dienen dann als Beweis dafür, dass die Angegriffenen „schwierig“ und „selbst Schuld“ an den Angriffen seien. Täter-Opfer-Umkehr und sekundäre Viktimisierung führen dazu, dass Jugendliche trotz massiver Angriffe keine Anzeige mehr stellen wollen. Diese Angriffe haben weitreichende Auswirkungen für die gesamte Familie.

Rassistische Vertreibung im Wohnumfeld

Auch im vergangenen Jahr haben Menschen in Brandenburg ihren Wohnort wechseln müssen und Familien ihre Wohnung verloren, weil sie sich anhaltender rassistischer Drohungen und Übergriffe in ihrer Nachbarschaft ausgesetzt sahen. In mehreren Fällen waren diese Attacken antiziganistisch motiviert, wie etwa in Templin: Im Sommer wird ein achtjähriger Junge und seine zweijährige Schwester auf dem Grundstück ihres Mietshauses durch eine Nachbarin antiziganistisch beleidigt und das Kleinkind von der Frau ins Gesicht geschlagen. Am Folgetag wird die Mutter der angegriffenen Kinder durch dieselbe Angreiferin die Treppe heruntergestoßen. Die Familie lebt mittlerweile nicht mehr in Templin. Die psychische Belastung, die eine andauernde Gefahr im unmittelbaren Wohnumfeld mit sich bringt, bei gleichzeitigem Verlust eines sicheren Rückzugortes, führt dann zu dem Wunsch nach einem schnellen Wohnungswechsel, der häufig neben dem mentalen Stress auch erhebliche finanzielle Hürden mit sich bringt. Sind bei Angriffen im Wohnumfeld Geflüchtete im Asylverfahren betroffen, können restriktive Asylgesetzgebungen, wie etwa die Wohnsitzauflage, dazu führen, dass der Umgang mit und die Verarbeitung von rassistischer Gewalt stark erschwert werden: Betroffene werden so dazu gezwungen, sich weiterhin einer anhaltenden Gefahrensituation auszusetzen.

Regionale Verteilung

Die Landkreise mit den meisten rechten Angriffen befinden sich in ihrer Mehrzahl im nordöstlichen Brandenburg, während die Zahl der Angriffe in den Kreisen im Süden mehrheitlich zurückging. Oberhavel und die Uckermark stehen im Jahr 2019 mit **18** Angriffen pro Landkreis an der Spitze der Statistik (Abb. 5). Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Zahl der Übergriffe in Oberhavel gleich, während sie in der Uckermark zurückging (2018: 27). Darauf folgen die kreisfreien Städte Potsdam und Cottbus mit **17** bzw. **14** Gewalttaten, was für Potsdam einen erheblichenen Anstieg (2018: 11) und für Cottbus einen starken Rückgang bedeutet (2018: 35). Deutlichere Anstiege rechter Gewalttaten gab es zusätzlich in den Landkreisen Oder-Spree (**7** Angriffe in 2019 gegenüber 2 in 2018) und im Havelland (2019: **6**, 2018: 3). Stärkere Rückgänge gab es vor allem im Süden: Spree-Neiße (2019: **2** Angriffe, 2018: 7), Oberspreewald-Lausitz (2019: **1**, 2018: 5), Dahme-Spreewald (2019: **6**, 2018: 10), aber auch Barnim (2019: **9**, 2018: 13) und Frankfurt (Oder) (2019: **3**, 2018: 6) verzeichneten deutlich weniger rechte Gewalttaten. In den anderen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel blieben die Angriffszahlen etwa gleich.

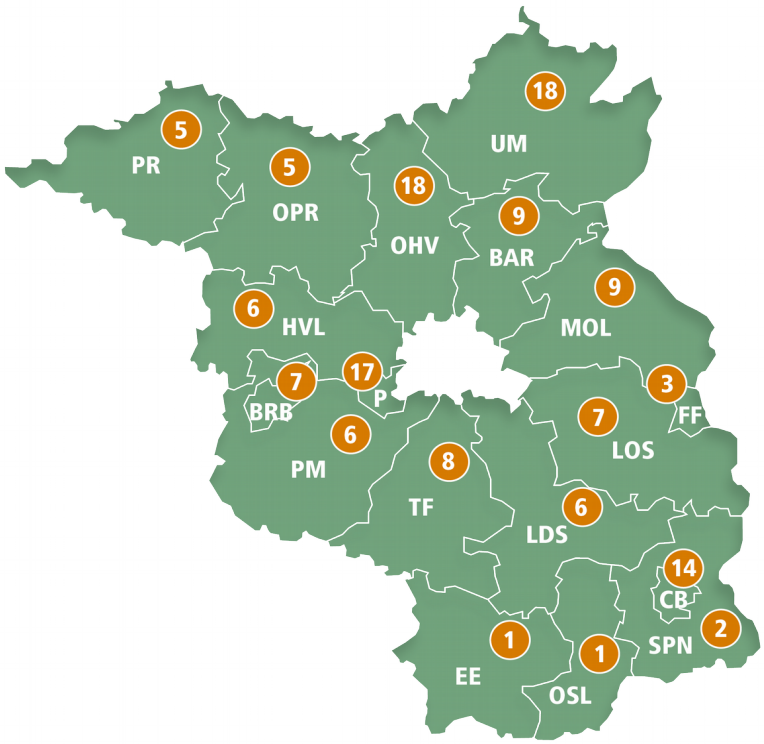

Abb. 5: Verteilung rechter Angriff nach Kreisen und kreisfreien Städten, 2019.

Rückgang der Angriffszahlen in Cottbus und im südlichen Brandenburg

Der für das Bundesland zu vermeldende Rückgang der Angriffszahlen speist sich vor allem aus einer Abnahme rassistischer Gewalttaten in den südlichen Landkreisen. Entfielen 2018 noch insgesamt 72 Angriffe auf die Landkreise Cottbus, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz, Oder-Spree, Potsdam-Mittelmark, Spree-Neiße und Teltow-Fläming, registrierte die *Opferperspektive* in dieser Region für das Jahr 2019 nur noch **43** Angriffe (siehe Abb. 6). Besonders deutlich ist der Rückgang in Cottbus. Hier erlangte die *Opferperspektive* 2019 nur von **14** rechten Gewalttaten Kenntnis (2018: 35). Im Vergleich zu 2018 zeigt sich, dass vor allem im öffentlichen Raum weniger verübte Übergriffe mit rassistischer Tatmotivation verzeichnet wurden. Diese meist spontan begangenen rassistischen Angriffe – mit der Formel „Vorsatz bei Gelegenheit" treffend beschrieben – waren in der Vergangenheit Indikator für eine äußerst aufgeheizte und aggressive Stimmung gegenüber Geflüchteten in der Stadt. Betroffene beschreiben analog dazu einen Rückgang rassistischer Anfeindungen im Alltag. Nichts desto trotz kommt es immer wieder zu rassistischer Gewalt. So wurden im Juni zwei 14-Jährige im Stadtzentrum von einem erwachsenen Täter ins Gesicht geschlagen. Der Anlass für die rassistische Attacke: Die beiden Freunde hatten sich auf arabisch unterhalten.

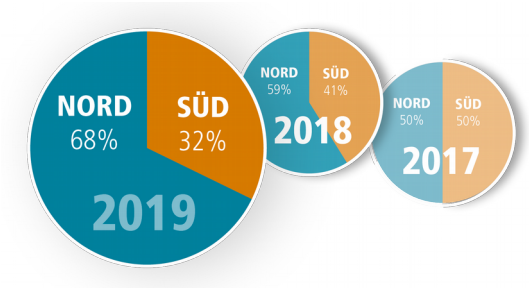

Abb. 6: Verhältnis rechter Angriff in Nord- und Südbrandburg 2017, 2018 und 2019

Für den Rückgang rechter Gewalt in der Region vermutet die *Opferperspektive* folgende Gründe: Zum einen dürften die im Frühjahr im Zusammenhang mit der neonazistischen *Kampfgemeinschaft Cottbus* durchgeführten Hausdurchsuchungen und die damit in Verbindung stehenden polizeilichen Ermittlungen dazu geführt haben, dass die organisierte rechte Szene seitdem wesentlich vorsichtiger und abwartender agiert als zuvor. Zwar waren es in der Vergangenheit keineswegs ausschließlich organisierte Rechte, die als rassistische Gewalttäter*innen auffielen, jedoch prägte das offensive Auftreten der führenden Kader der Szene die Gewaltdynamik in der Lausitz. Auch dass der rassistische Verein *Zukunft Heimat* im Wahlkampfjahr 2019 letztlich jeden Anschein einer – auch zuvor nur inszenierten – Graswurzelbewegung aufgab, um gänzlich in den parteipolitischen Zielen der AfD aufzugehen, kann die gewalt-

förmige Rechte geschwächt haben. Im Zuge dessen wurden die Veranstaltungen des Vereins immer weniger attraktiv für parteiungebundene Rechte. Gleichzeitig könnte die mit der AfD verbundene Verheißung, über die Parlamente rassistische und extrem rechte Politik verwirklicht zu sehen, dazu geführt haben, dass die Gewaltbereitschaft von Rechten zunächst abgenommen hat – sei es aus taktischen Erwägungen oder um zunächst abzuwarten, welche Erfolge die AfD verzeichnen kann.

Solange jedoch die eklatanten Mängel im Gerichtsbezirk Cottbus, sowohl bei der Staatsanwaltschaft als auch an den Gerichten, weiter bestehen, ist der Erfolg polizeilicher Repression auf Sand gebaut. Wenn sich an die Durchsuchungen nicht zügig Gerichtsverfahren anschließen, kann es mit der aktuellen Zurückhaltung schnell wieder vorbei sein. So sind gegen führende Kader der regionalen Szene Verfahren wegen rechter Gewalttaten anhängig, die teils bis ins Jahr 2016 zurückreichen. In keinem dieser Fälle kam es bisher zur Verhandlung. Andere Verfahren, selbst bei schweren Gewalttaten, werden ohne Verhandlung eingestellt. Die *Opferperspektive* konstatiert, dass im Gerichtsbezirk Cottbus de facto ein Zustand der Straffreiheit für rechte Gewalttäter herrscht. Die Betroffenen, die die Beratungsstelle im Raum Cottbus im Strafverfahren begleitet, empfinden die Gerichtsverfahren in ihrer Mehrzahl ausschließlich als Belastung. Sie haben den Glauben an eine adäquate juristische Aufarbeitung verloren. Viele von ihnen äußern Bedauern darüber, die Attacken auf sie zur Anzeige gebracht zu haben. Teilweise bleiben sie jahrelang über den Stand ihrer Verfahren im Dunkeln und wiederholt scheitern Anwält*innen über Wochen hinweg daran, Zuständige bei der Staatsanwaltschaft Cottbus auch nur telefonisch zu erreichen. In einem Verfahren am Landgericht, bei dem eine 7 Jahre zurückliegende rechte Gewalttat verhandelt wurde, waren Gerichtsakten unvollständig. Bei einem anderen Verfahren wurde die rechte Symbolik, die der Angeklagte im Gerichtssaal trug, durch keinen der Verfahrensbeteiligten erkannt. Die Liste der Mängel ließe sich beliebig erweitern.

Disparates Angriffsbild im nördlichen Brandenburg

Im Nordosten des Landes bleibt die Lage aufgrund einer hohen Angriffsdichte weiterhin äußerst angespannt. Zwar gibt es Häufungen südlich in den Städten Oranienburg und Hennigsdorf (**7** bzw. **6** Angriffe) und nördlich in Prenzlau (**7** Angriffe), jedoch ist aus Sicht der Beratungsstelle kaum ein einheitlicher Trend auszumachen. Rechte Angriffe ereignen sich in unterschiedlichsten Kontexten und flächendeckend in der gesamten Region. Eine gestiegene Fallzahl verzeichnet die Beratungsstelle in Potsdam. Selbst wenn man einberechnet, dass

3 der **17** Fälle (massive Bedrohungen von Politiker*innen und Räumung des Landgerichts) eher regional als lokal sind, zeigt sich in Potsdam, dass rechte Gewalt eine allgegenwärtige Bedrohung ist. Auch in der Landeshauptstadt müssen Betroffene in Verkehrsmitteln, an Imbissen, in Bildungseinrichtungen und im öffentlichen Raum mit Angriffen rechnen.

Der Eindruck, dass sich Übergriffe überall und jederzeit ereignen können, wird durch die Betroffenen, zu denen die *Opferperspektive* 2019 Kontakt hatte, geteilt. Diese Unvorhersehbarkeit stellt eine große Belastung im Alltag dar. Im Mai wurde z.B. in Wittstock ein Schwarzer Deutscher gemeinsam mit seiner Ehefrau und ihrem gemeinsamen Baby durch einen Angreifer rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Die Tat ereignete sich tagsüber mitten auf dem Marktplatz. Oft ereigneten sich rassistische Angriffe auch im Arbeitskontext der Betroffenen: Im April wurden in Hennigsdorf Sicherheitsdienstmitarbeiter der Deutschen Bahn aus rassistischen Motiven angegriffen und im September sah sich ein Busfahrer in Potsdam einer rassistischen Attacke ausgesetzt. Im Mühlenbecker Land wurde ein Paketbote im selben Monat durch einen Anwohner rassistisch beleidigt und in der Folge geschlagen, ein Gast des Anwohners kam hinzu und attackierte den Paketboten ebenfalls.

Besonders hervorzuheben ist ein Übergriff aus dem Juni, der sich gegen einen jungen Mann syrischer Herkunft richtete. Er wurde in Prenzlau aus rassistischen Motiven mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der verurteilte Neonazitäter ist einschlägig bekannt: Gemeinsam mit seinem Bruder und einem weiteren Rechten folterte und ermordete er 2002 den damals 16-jährigen Marinus Schöberl auf grausame Weise. In einem anderen Beispiel aus dem Jahr 2019 in Bad Freienwalde saß eine Gruppe Männer und Frauen auf der Anklagebank des Amtsgerichts, die bereits im Mai 2015 nach einem Feuerwehrfest einen Mann, seine Ehefrau und ihren Bruder aus rassistischer Motivation angegriffen und zum Teil schwer verletzt hatten. Unter ihnen befanden sich Männer, die bereits Mitte der 2000er zum Umfeld der neonazistischen *Kameradschaft Oder Barnim* gehörten. Wie in diesem Beispiel erhält die *Opferperspektive* häufig erst zum Zeitpunkt der Gerichtsverhandlung Kenntnis über die Täter rechter Angriffe und ihrer Hintergründe. Es verstärkt sich aber der Eindruck, dass sich unter ihnen vermehrt Männer mittleren Alters befinden, die bereits in den 1990er und frühen 2000er Jahren als aktive Neonazis und rechte Schläger auftraten und nun nach einer Phase des Rückzugs ins Private wieder öffentlich aktiv werden. Diese Dynamik fand, ausgelöst durch Schilderungen unter dem Hashtag *#baseballschlaegerjahre*, im vergangenen Jahr größere Beachtung. Auch aus Sicht der Beratungsstelle deutet sich an, dass die mit äußerster Bru-

talität verübten Nazi-Angriffe der 1990er und frühen 2000er Jahre, die damals mangelnde Strafverfolgung und gesellschaftliche Aufarbeitung, einen Grundstein für die Welle rechter und vor allem rassistischer Gewalt seit 2015 gelegt hat. Im Wiederauftauchen damals aktiver Täterstrukturen zeigt sich die Kontinuität und Reaktivierbarkeit des rechten Gewaltpotentials in Brandenburg.

Gestiegene Bedrohungslage - Rechtsterror, Feindeslisten, Wahlkampf

Gleichzeitig war das Jahr 2019 geprägt von Ereignissen, die außerhalb Brandenburgs stattfanden, aber auch hier große Wirkung entfalteten. Zu nennen ist hier der rechtsmotivierte Mord am CDU-Politiker Walter Lübcke und der tödliche rechtsterroristische Anschlag in Halle. Fortsetzung fand die Serie rechtsterroristischer Gewalt 2020 in dem rassistischen Terroranschlag von Hanau. Hinzu kam die Veröffentlichung bzw. die Bekanntgabe der Existenz mehrerer durch extrem rechte Netzwerke geführter Feindeslisten, bei der Betroffene zunächst nur unzureichend oder erst auf öffentlichen Druck informiert wurden. Bezüge zum Rechtsterrorismus finden sich auch in Brandenburg, so befanden sich auf der „Feindesliste“ der rechten Terrorgruppe *Nordkreuz* auch Brandenburger*innen. Beim Landgericht Potsdam ging Anfang 2019 ein Schreiben mit Absender *Nationalsozialistische Offensive* ein, das mit einem Bombenanschlag drohte. Und auch die militante neonazistische Organisation *Combat 18*, Anfang 2020 verboten, verfügt(e) über Kontakte nach Brandenburg. Rechte, rassistische und antisemitische Taten – und Terroranschläge im besonderen Maße - sind Botschaftstaten, die von (potenziell) Betroffenen deutlich wahrgenommen werden. Gerade bei jenen, die bereits Gewalt erfahren haben, lösen diese Taten starke Verunsicherung und ein sich verallgemeinerndes Bedrohungsgefühl aus. So ging 2019 zwar die Anzahl der Gewalttaten zurück – die unmittelbar wahrgenommene Bedrohungslage ist bei Betroffenen und ihrem Umfeld aber deutlich höher als zuvor. Um sein Leben fürchten zu müssen, wegen Herkunft, Migrationsgeschichte der Familie, Hautfarbe oder politischem Engagement, gehört aktuell zur Lebensrealität einer beträchtlichen Anzahl von Brandenburger*innen. Diese Bedrohungslage und die damit verbundene Verunsicherung führt bei Betroffenen (v.a. rassistischer Gewalt) zu der Angst, dass selbst geringfügige Interventionen nach einer erfahrenen Gewalttat, sei es ein offener Brief oder ein Beschwerdeschreiben, zu erneuten, potentiell tödlichen Angriffen auf sie führen könnte.

Im Landtags-, Kommunal- und Europawahljahr 2019 richteten sich Bedrohungen gegen Politiker*innen, die sich gegen Rechts und Rassismus engagieren. So wurde eine Gruppe von Politker*innen der *Grünen* im Kommunalwahl-

kampf nahe Cottbus durch einen Rechten beleidigt, bedroht, mit dem Auto verfolgt und bedrängt. Weitere Mandatsträger*innen wurden online wie offline bedroht, einzelne Parteibüros wiederholt Ziel von Sachbeschädigungen. Auch die statistische Auswertung der Angriffe legt nahe, dass der Wahlkampf und die rassistische Themensetzung der AfD Einfluss auf die Dynamik rechter Gewalttaten im Land Brandenburg hatte: In den ersten drei Quartalen (die Landtagswahl fand im September statt) ereigneten sich **123** der **142** von der *Opferperspektive* gezählten rechten Gewaltdelikte. Nach der Landtagswahl gingen die Angriffszahlen stark zurück. Dass die Bedrohungslage nicht nur Parlamentarier*innen trifft, zeigt ein Vorfall aus dem Dezember: Mehrere Rechte drangen in das linke *Jugendwohnprojekt Mittendrin* in Neuruppin ein, randalierten und riefen neonazistische Parolen. Der Vorfall, den die *Opferperspektive* nicht als Gewalttat wertet, macht außerdem deutlich, dass mit der alleinigen Gewaltstatistik die Bedrohungslage im Land nicht umfangreich erfasst werden kann[3]. Hier braucht es eine systematische Dokumentation rechter Aktivitäten, rassistischer, antisemitischer und anderer diskrimierender Vorfälle, um die Bedrohungslage qualifizierter zu beschreiben.

Forderungen und Ausblick

Nach dem Terroranschlag von Hanau wird erneut die Forderung laut, die Stimmen und die Anliegen der Betroffenen rassistischer Gewalt zu hören, aufzunehmen, und Rassismus als Bedrohung für die Gesamtgesellschaft ernst zu nehmen. Diesen Forderungen schließt sich die *Opferperspektive* vollumfänglich an und fordert die Brandenburger Landesregierung auf, aktiv zu werden. Sie sollte dringend in einen Dialog mit in Brandenburg ansässigen Migrant*innenselbstorganisationen treten, um Maßnahmen zur Stärkung ihrer Arbeit und zum Schutz von Betroffenen zu ermöglichen.

Die *Opferperspektive* fordert zudem eine zügige Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgesetzten unabhängigen Polizeibeschwerdestelle. Die Beratungsstelle erhält immer wieder Kenntnis von Fällen, in denen Betroffene beim Versuch der Anzeigestellung bei Polizeidienststellen abgewiesen werden, oder aber von Fällen, in denen Betroffene über Monate auf eine Vorladung warten müssen. Bei Vorfällen, bei denen eine mögliche Verstrickung von Polizeibe-

3 Studien legen außerdem ein hohes Dunkelfeld bei rechten und rassistischen Gewalttaten nahe: Die durch das Landeskriminialamt durchgeführte „Niedersächsische Befragung zu Sicherheit und Kriminalität 2017“ gibt eine Anzeigequote von 12 Prozent bei Hasskriminalität an – die Quote liegt hier deutlich niedriger als die für „reguläre“ Körperverletzungsdelikte (32 Prozent) - das bundesweite Viktimisierungssurvey von 2017 geht gar von einer 1550-mal höheren Zahl rassistischer Gewalt als in polizeilichen Statistiken angegeben aus.

amt*innen mit der organisierten Rechten offenbar wird, wie im Falle des rechten Graffiti im Vorfeld des Aktionswochenendes des Klimabündnis *Ende Gelände* in Cottbus, muss transparent und entschieden gehandelt werden. Die Landesregierung muss außerdem im Bereich der Justiz – hier insbeondere im Gerichtsbezirk Cottbus - weitreichende Konsequenzen zur Behebung der fehlenden Rechtsdurchsetzung ziehen. Zusätzlich braucht es im Land Brandenburg spezielle Ansprechpartner*innen bei der Justiz für Betroffene rechter Gewalt, deren Vertrauen sowohl durch die Angriffe als auch die langen Verfahrensdauern nachhaltig erschüttert ist.

Darüber hinaus sieht die *Opferperspektive* Nachholbedarf hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahmen, die im Zuge der Aufarbeitung des Staatsversagens im Falle des NSU vereinbart wurden. Der aktive Ausschluss einer rechten Tatmotivation wird der Wahrnehmung der *Opferperspektive* zufolge bisher äußerst konservativ gehandhabt. Zu häufig werden Prozesse und Ermittlungsverfahren eingestellt, mit dem Argument ein öffentliches Interesse sei nicht gegeben. Die Opferperspektive sieht darin ein falsches Signal, dass Betroffene entmutigt Gewalttaten überhaupt anzuzeigen. Eine wichtige Maßnahme sollte sein, bei rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten, Bedrohungen und Nötigungen immer ein öffentlichen Interesse an der Strafverfolgung anzunehmen und konsequent zu verfolgen.

Letztlich erwartet die *Opferperspektive* auch von der neuen Landesregierung weiterhin eine klare und unmissverständliche Abgrenzung gegenüber der extremen Rechten und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD. Eine Übernahme von Positionen und Forderungen der AfD bedeutet immer eine Stärkung dieser Partei, eine Stärkung menschenfeindlicher Positionen – und eine Bestärkung extrem rechter Milieus und ihrer Gewalttäter*innen.

Hintergrundpapier zur Veröffentlichung der Zahlen rechter Gewalt 2019 in Brandenburg, Opferperspektive - Beratung für Betroffene rechter Gewalt

Impressum:
Opferperspektive –
Solidarisch gegen Rassismus, Diskriminierung und rechte Gewalt e.V.
Rudolf-Breitscheid-Straße 164 | 14482 Potsdam
+49 (0)331 8170000 | info@opferperspektive.de | www.opferperspektive.de
Grafiken: Peer Neumann